

Anfrage Fraktion CDU/FDP
öffentlich

Datum
18.08.2020

Nummer
F0176/20

Absender

Fraktion CDU/FDP

Adressat

Oberbürgermeister
Herrn Dr. Lutz Trümper

Gremium

Stadtrat

Sitzungstermin

03.09.2020

Kurztitel

Abriss ehemalige SED-Parteischule

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

der Abriss der ehemaligen SED-Parteischule soll nun in 2020 nicht mehr erfolgen, daher frage ich den Oberbürgermeister:

1. Die Landeshauptstadt Magdeburg hat vom Bund und vom Land Sachsen-Anhalt einen Fördermittelbescheid erhalten. Der Fördermittelbescheid an den Eigentümer wurde jedoch auf seinen Antrag hinaufgehoben. Daher stellt sich die Frage, ob und wenn ja wie viel Strafzinsen die Stadt an das Land wegen des Nichtabflusses dieser Fördermittel in 2020 zahlen muss, wenn sie keine andere Verwendungs- bzw. Umsetzungsmöglichkeit in 2020 sieht? Können diese Strafzinsen dem Eigentümer in Rechnung gestellt werden? Wenn nein, warum nicht?

2. Wie hoch waren die Strafzinsen bei nicht abgeflossenen Fördermitteln in den Jahren 2017 - 2019, sowie wie hoch werden diese, auch nach Dezernatsbereich gegliedert, in 2020 erwartet?

3. Da aufgrund des angebrachten Schildes, Einsturzgefahr besteht und nach Art. 14 GG Eigentum auch verpflichtet, könnte aufgrund des recht hohen Gebäudes davon eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen. Ist abzusehen, wann diese Gefahr konkret werden würde und wurde dies geprüft, da u.U. nicht bis 2022 mit dem Abriss gewartet werden kann? Insofern diese Gefahr akut ist, kommt dann eine Ersatzvornahme der Stadt in Betracht, wobei die Kosten dem Eigentümer auferlegt und durchgesetzt werden müssen?

4. Da mit Steuergeldern m.E. unverhältnismäßig einem Eigentümer ein Vermögensvorteil verschafft werden soll, stellt sich die Frage, zum einen, die Fördermittelsätze zu verringern und über die Verwertungskosten, des dann geräumten Grundstücks, am Gewinn beteiligt zu werden. Welche Möglichkeiten bestehen?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung, bitte ich um eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.



Michael Hoffmann
Stadtrat Fraktion CDU/FDP